

# Stenographisches Protokoll

über die

8. Sitzung des steiermärkischen Landtages am 24. Juni 1880.

## Inhalt:

Urlaubs-Ertheilung.

Interpellation-Anmeldung der Abgeordneten Rukovež und Genossen an Se. Excellenz den Statthalter, betreffend die Murregulirung und die Versicherungsbauten bei Unter-Marburg.

Mittheilung des Landeshauptmannes über die zur Vertheilung gelangten Vorlagen.

Petitionen.

Zuweisung des Berichtes des Landes-Ausschusses wegen von der Gemeinde Graz angesuchter Anerkennung mehrerer aus landschaftlichem Grunde entstandenen Straßenstrecken und Plätze als öffentliches Gut und Bewilligung der Ausbückerung derselben (Nr. 71 der Beilagen); an den Finanz-Ausschuß.

Bericht des Unterrichts-Ausschusses über die Petition der Gemeinde-Vertretung der Stadt Leoben um Umwandlung der Oberrealschule in ein Ober-Gymnasium. (Nr. 72 der Beilagen. — Annahme des Antrages des Unterrichts-Ausschusses.)

Berichte des Petitions-Ausschusses und des Unterrichts-Ausschusses über Petitionen.

Beginn der Sitzung 10 Uhr 10 Minuten.

Vorsitzender: Landeshauptmann Dr. Moriz Edler v. Kaiserfeld.

Schriftführer: Graf Kottulinsky und Freiherr v. Seßler.

Von Seite der Regierung anwesend: Statthalter Freiherr v. Rübeck.

**Landeshauptmann:** Das Haus ist beschlußfähig; ich erkläre die Sitzung für eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung wurde aufgelegt; es wurde gegen dasselbe keine Einwendung erhoben; ich erkläre dasselbe daher für genehmigt.

Ich habe von Sr. Excellenz, dem Herrn Statthalter folgende Note erhalten (liest):

„Euere Excellenz!

Die Sterbegeächtniß-Andacht für weiland Se. Majestät den Kaiser Ferdinand I. wird Montag den 28. Juni l. J. in der hiesigen Hof- und Domkirche um 10 Uhr Vormittags mit einem feierlichen Requiem begangen werden.

Ich beehre mich, Euere Excellenz zu ersuchen, die Mitglieder des hohen Landtages zur Theilnahme an dieser Feier gefälligst einladen zu wollen.

Empfangen Euere Excellenz die Versicherung meiner vorzüglichsten Hochachtung.

Rübeck.“

Ich bitte von dieser Mittheilung Kenntniß zu nehmen.

Der Ausschuß für Gemeinde-Angelegenheiten tritt Donnerstag, Nachmittags 4 Uhr, zu einer Sitzung zusammen, um die Vorlage, betreffend eine Bauordnung für Graz, in Berathung zu ziehen.

Der Finanz-Ausschuß versammelt sich unmittelbar nach der Landtagsitzung in seinem gewöhnlichen Berathungs-Local zu einer Sitzung.

Ich habe dem Herrn Abgeordneten Dr. Rienzi für die heutige Sitzung einen Urlaub ertheilt.

Es wurde mir von dem Herrn Abgeordneten Rukovež eine Interpellation an Se. Excellenz den Herrn Statthalter in Bezug auf die Murregulirung und die Versicherungsbauten bei Unter-Marburg angemeldet. Ich werde dem Herrn Interpellanten in der nächsten Sitzung das Wort zur Begründung seiner Interpellation ertheilen.

Aufgelegt wurden heute:

Das offizielle Protokoll der vierten Sitzung des Landtages.

Das stenographische Protokoll der fünften Sitzung des Landtages.

Bericht des Landes-Ausschusses über die Spitalverpflegskosten. (Nr. 73 der Beilagen.)

Antrag des Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des Landes-Ausschusses (Beilage Nr. 59), betreffend die Bewilligung zur Einhebung erhöhter Bezirks-Umlagen in den Bezirken Stanz und Birkfeld. (Nr. 74 der Beilagen.)

Antrag des Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des Landes-Ausschusses (Beilage Nr. 52), betreffend die Bewilligung von Gebühren für die ausdrückliche Aufnahme in den Gemeindeverband. (Nr. 75 der Beilagen.)

Gesetz, betreffend einige Maßregeln zur Hebung der Fischerei in den Binnengewässern. (Nr. 76 der Beilagen.)

Bericht des Landes-cultur-Ausschusses über die Vorlage des Landes-Ausschusses, betreffend den weiteren Erhaltungsmodus der sogenannten St. Gallner-Straßen im Bezirke St. Gallen. (Nr. 77 der Beilagen.)

Antrag des Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den von dem Herrn Abgeordneten Alois Karlon und Genossen eingebrachten Gesetzentwurf betreffend das Einspruchsrecht der Gemeinden gegen die Schließung von Ehen ihrer Gemeinde-Angehörigen. (Nr. 78 der Beilagen.)

Bericht des Landes-Ausschusses über die Trennung der Ortschaften Schönstein im gleichnamigen Gerichtsbezirke. (Nr. 79 der Beilagen.)

Es wurde mir nachstehende Petition überreicht:

Petition der Bezirksvertretungen von Windisch-Feistritz, Gonobitz und Rohitsch um Bewilligung einer Vicinalbahn von Pölsbach nach Zaprestö, dann von Pölsbach nach Drauburg. (Ueberreicht durch Abgeordneten Dr. Duchatsch)

Ich werde diese Petition dem Eisenbahn-Ausschusse zuweisen.

Wir gehen nunmehr zur Tagesordnung über.

Der erste Gegenstand derselben ist der **Bericht des Landes-Ausschusses wegen von der Gemeinde Graz angesuchter Anerkennung mehrerer aus landschaftlichem Grunde entstandener Straßenstrecken und Plätze als öffentliches Gut und Bewilligung der Ausbücherung derselben.**

(Nr. 71 der Beilagen.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Landes-Ausschusses bezüglich der formellen Behandlung dieses Gegenstandes einen Antrag zu stellen.

Berichterstatter des Landes-Ausschusses Dr. Josef Ritter v. Kaiserfeld: Ich beantrage die Zuweisung dieses Berichtes an den Finanz-Ausschuß.

(Dieser Antrag wird angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der

**Bericht des Unterrichts-Ausschusses über die Petition der Gemeindevertretung der Stadt Leoben um Umwandlung der Oberrealschule in ein Obergymnasium.**

(Nr. 72 der Beilagen.)

Ich ersuche den Herrn Berichterstatter des Unterrichts-Ausschusses, Herrn Abgeordneten Kappel, den Bericht vorzutragen.

Berichterstatter des Unterrichts-Ausschusses Kappel (von der Tribüne):

Hoher Landtag! Die Gemeindevertretung der Stadt Leoben und mit ihr 761 Bezirke haben in mit zahlreichen Unterschriften versehenen Petitionen an den hohen Landtag die Bitte gerichtet, die in Leoben bestehende Oberrealschule in ein Obergymnasium umzuwandeln und sie begründen ihr Ansuchen damit, daß sich dormalen die studierende Jugend weniger dem realistischen als dem humanistischen Studium zuwendet und damit, daß die Frequenz der Oberrealschule gegenwärtig in gar keinem Verhältnisse zu den Kosten, welche sie verursacht, steht.

Ferner weisen sie auf den Umstand hin, daß Obersteiermark 210 000 Einwohner zählt, daß es ferner wichtige Industriezweige cultivirt und an Flächenmaß zwei Fünftel des ganzen Landes umfasse und doch eine solche Anstalt nicht besitze, während Unter- und Mittelsteiermark mit einer solchen Anstalt versorgt sind. Nachdem sich ein Gymnasium eines bessern und lebhafteren Aufschwunges erfreuen dürfte und nachdem die Kosten hiesfür sich nicht größer gestalten dürften, als für die bisherige Oberrealschule, erscheint dem Unterrichts-Ausschuß die in Frage stehende Umwandlung der Oberrealschule in ein Obergymnasium der ernstesten Erwägung werth.

Um jedoch einen definitiven Beschluß fassen zu können, erachtet es der Unterrichts-Ausschuß für nothwendig, daß vorerst die eingehendsten Erhebungen und Verhandlungen über diese Subventionierungsfrage gepflogen werden sollten und stellt demnach den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Der Landes-Ausschuß wird beauftragt, die geeigneten statistischen und sonstigen Erhebungen betreff der Umwandlung der Oberrealschule in Leoben in ein Obergymnasium zu pflegen, sich mit der Regierung und der Stadtgemeinde Leoben in's Einvernehmen zu setzen und auf Grund derselben dem Landtage in der nächsten Session die geeigneten Anträge zu stellen.“

**Landeshauptmann:** Ich eröffne die Debatte über diesen Antrag; es haben sich zum Worte gemeldet die Herren Abgeordneten Dr. Steirer, Dr. Boesß, Dr. Muschler, Sprung und Dr. Heilsberg.

Abgeordneter Dr. **Steirer** (H.-R. Leoben): Ich fühle mich umsomehr verpflichtet zu diesem Antrage, welcher die Interessen Obersteiermarks auf das Innigste berührt, das Wort zu ergreifen, als ich einerseits diese Petition, die mit 1500 Unterschriften versehen ist, selbst überreicht habe und andererseits als Abgeordneter der Leobner Handelskammer verpflichtet bin, die Interessen Obersteiermarks zu vertreten.

Ich kann mich mit dem Antrage des Unterrichts-Ausschusses nicht einverstanden erklären, ich finde in demselben eine Verschleppung. An und für sich zeigt sich derselbe von ganz harmloser Natur. Wenn Sie jedoch den Rechenschaftsbericht des Landes-Ausschusses lesen, so werden Sie finden, daß in Bezug auf die Oberrealschule in Leoben irgend etwas sofort geschehen muß. In diesem Berichte heißt es nämlich, daß der Besuch der Anstalt derzeit ein ganz minimaler sei, es sei daher gegenwärtig die Auslage des Landes gänzlich unbegründet, belastend und dabei erfolglos; es ist also Zweierlei möglich; entweder Sie heben die Anstalt gänzlich auf oder Sie verwandeln dieselbe in ein Obergymnasium; aber Eines von diesen beiden muß sofort geschehen. Daß ich für die Umwandlung stimmen werde, werden Sie begreiflich finden, insbesondere, wenn Sie den Inhalt der Petition und die Verhältnisse in den obersteirischen Gemeinden kennen. Es muß dies aber auch sofort geschehen, denn wenn dies nicht sofort geschieht, so wird dadurch dem Lande auf zwei Jahre hinaus eine unnötige Mehrbelastung verursacht, denn während der nächsten zwei Jahre ist nicht nur keine Aussicht vorhanden, daß der Besuch der Leobner Oberrealschule ein größerer sein wird, sondern Sie müssen für diese Anstalt auch Kosten, und zwar unnothwendiger Weise, zahlen. Es ist also in der Art und Weise wie der Antrag gestellt wird, nichts anderes als eine Verschleppung gelegen und dieser muß ich entgentreten.

Mein Antrag geht daher dahin, daß diese Umwandlung sofort durchgeführt werde.

Ich finde es nicht nothwendig, daß da weitere statistische Daten erhoben werden; dieselben werden dem Landes-Ausschusse gewiß schon vorliegen und auch, was die Kosten betrifft, so ist es allgemein bekannt, daß die realistischen Studien viel theurer seien, als die humanistischen Studien.

Mein Antrag lautet also (liest):

„In der Voraussetzung der Aufrechterhaltung der bisherigen Subvention der Regierung und der Stadt Leoben, wird der Landes-Ausschuß beauftragt, die Umwandlung der Oberrealschule in Leoben in ein Obergymnasium längstens bis zum Beginne des Schuljahres 1881—82 in Vollzug zu setzen.“

Abg. Dr. **Boesß** (St.-G. Murau): Hoher Landtag! Ich erlaube mir den Antrag des Herrn Collegen Dr. Steirer zu unterstützen und zwar aus dem Grunde, weil ich eigentlich nicht weiß, welche Erhebungen der Landes-Ausschuß ämtlich pflegen soll. Die ganze Umwandlung des Leobner Gymnasiums in ein vollständiges Gymnasium wurde durch eine Petition an den Landes-Ausschuß angeregt und bereits über diese Petition sind umfassende Erhebungen sowohl von Seite des Landes-Ausschusses als auch von Seite des Landes-Schulrathes gepflogen worden. Das Resultat dieser Erhebungen finden wir theils im Rechenschaftsberichte des Landes-Ausschusses, theils in den Ziffern, die, wie ich glaube, zur Kenntniß eines jeden der Herren Abgeordneten gelangt sind und welche in einer Abschrift der ersten Petition der Stadtgemeinde Leoben an den Landes-Ausschuß, ferner in der Erwiderung des Landes-Ausschusses, resp. in seiner Bezugnahme auf die Erhebungen des Landes-Schulrathes, und schließlich neuerlich in einer an den hohen Landtag gerichteten Petition enthalten sind.

Was diese gepflogenen Erhebungen betrifft, so glaube ich, daß das Materiale, so weit es überhaupt gesichtet werden kann, bereits gesichtet ist und daß ein weiterer Einblick in statistischer Hinsicht sich schwer mehr gewinnen lasse. Ich glaube aber überhaupt, daß die Statistik für sich allein kaum im Stande ist, alle jene Verhältnisse ins Klare zu stellen, welche auf die fragliche Angelegenheit von entscheidendem Einflusse sein dürften und zwar glaube ich dies wesentlich aus dem Grunde, weil ich wenigstens mit den Resultaten, die die bisherigen statistischen Erhebungen geliefert haben, nicht einverstanden bin und weil ich dieselben im Wesentlichen für unrichtig halte. Der Landes-Ausschuß, beziehungsweise der Landesschulrath, haben in der über

die erste Petition der Stadtgemeinde Leoben erflossenen Note insbesondere zwei statistische Tabellen gebracht. In der ersten dieser Tabellen ist eine Zusammenstellung über die Frequenz der Mittelschule von Leoben enthalten und es wird aus dieser Zusammenstellung der Schluß gezogen, daß das Studium in Obersteiermark mehr der realistischen als der humanistischen Richtung zuneige und die zweite Tabelle schließt das Gleiche aus einer Zusammenstellung des Resultates der Studien in Leoben mit den Resultaten der Studien an den Mittelschulen in Graz beziehungsweise mit den Resultaten der Studien an den mit in die Waagschale fallenden Mittelschulen zu Eilli, Marburg und Pettau. Ich glaube, daß bei diesen Erhebungen resp. in diesen Tabellen wesentliche Daten außer Acht geblieben sind und auch außer Acht bleiben mußten, weil sie sich wirklich einer statistischen Beobachtung entziehen.

Bezüglich der Tabelle A, welche die Frequenz der Mittelschule zu Leoben ausweist, ist schon in der an den hohen Landtag gerichteten Petition darauf hingewiesen, daß die Ziffern theilweise mit den Jahresberichten, welche die Anstalt erstattet hat, nicht übereinstimmen, daß daher in dieser Beziehung jedenfalls eine Rectification nothwendig sei. Was mir aber weitaus wichtiger erscheint, ist das, daß gerade bezüglich solcher Knaben, welche von vornherein entweder aus eigener Wahl oder in Folge eines Entschlusses ihrer Eltern für humanistische Studien bestimmt waren, gerade das Untergymnasium in Leoben nicht jene Anstalt war, die für dieselben zur ersten Heranbildung ausgesucht werden konnte; der Grund hiezu ist ein sehr einfacher, Jedermann weiß, welche bedeutende Anforderungen heutzutage das Gymnasium an die studirende Jugend stellt. Derjenige, der in ein Obergymnasium eintreten will, muß bereits eine bedeutende und gute Vorbildung an einem Untergymnasium genossen haben.

Eine Anstalt, wie es das Leobner Gymnasium vermöge seiner, wenn ich ein schönes Wort gebrauchen soll, Bifurcation ist, ist immer von der Bevölkerung und vielleicht nicht mit Unrecht, als etwas betrachtet worden, was nicht recht Fisch und nicht recht Fleisch ist.

Insbondere wußte man, daß die Anstalt immer mehr realistische Tendenzen pflege und zwar wußte man dies sowohl aus der Einrichtung des Lehrplanes, als auch speciell aus den Neigungen des bisher an dieser Anstalt angestellten Directors.

Ich möchte daher beinahe mit Bestimmtheit behaupten, daß von allen jenen obersteirischen Knaben, welche wirklich zu humanistischen Studien bestimmt waren, nur einige wenige im Untergymnasium an die Leobner Anstalt gebracht wurden. Es fehlt daher in der Tabelle

A die Zahl der Schüler aus Obersteiermark, welche vom Haus aus zu humanistischen Studien bestimmt waren und deshalb nicht in der Leobner, sondern in anderen Anstalten untergebracht wurden.

Ich glaube, daß diese Zahl eine nicht unbedeutende sein würde, und daß, wenn man diese Zahl mit der in der Tabelle A enthaltenen Zahl combiniren würde, man zu wesentlich anderen Resultaten käme, nämlich zu weitaus mehr zu Gunsten der humanistischen Richtung sprechenden Resultaten, ich sage zu wesentlich anderen Resultaten, als sie derzeit aus den in der Tabelle A enthaltenen Ziffern gezogen werden könnten.

Dasselbe möchte ich bezüglich der Tabelle B behaupten. Die Tabelle B im Zusammenhang mit der Tabelle A gibt zwar allerdings einen etwas bessern Einblick in die Sache, allein auch in der Tabelle B ist ein Umstand übersehen worden, nämlich der, daß Graz für Obersteiermark bereits sehr entfernt ist.

Wir haben andere Orte, wohin wir unsere Jugend schicken, und zwar mit bedeutend geringerem Kosten- und Zeitaufwand, als dies Graz verursacht; wir haben Orte, wo die Aufsicht eine bedeutend leichtere ist, als in Graz.

Man müßte daher, um hier zu einem Resultate zu gelangen, nicht allein Leoben mit Graz, sondern auch Leoben mit vielen anderen Anstalten combiniren. Ich erinnere in dieser Beziehung nur daran, daß das obere Murthal viel näher nach Klagenfurt und Villach als nach Graz hat, wie dies auch in der Petition angedeutet ist.

Steier ist für die Bewohner des Ennstales ein viel näher gelegener Ort als Graz und schließlich erlaube ich mir zu bemerken, da nicht allein Steier, sondern auch die niederösterreichischen Stiftsgymnasien sehr viele Schüler aus Obersteiermark aufnehmen. Es ist dies auch ganz natürlich, denn die Eltern geben ihre Kinder in diese Stiftsgymnasien theils wegen der Billigkeit, theils auch weil es bekannt ist, daß die Kinder in diesen Stiftsgymnasien eine gute und sorgfältige Aufsicht genießen.

Ich schließe aus all' dem, daß die Ziffern, wie sie uns derzeit vorliegen, einer wesentlichen Correctur bedürfen, einer Correctur, welche, wie ich glaube, eine eingehende statistische Enquête eigentlich zu liefern nicht im Stande wäre, und daß deshalb mit dem Antrage des Unterrichts-Ausschusses eigentlich nur eine Verzögerung herbeigeführt wird, bezüglich welcher ich schon aus den bereits von dem Herrn Abgeordneten Dr. Steirer entwickelten Gründen nicht recht einsehe, was hiermit für die Sache gewonnen werden soll. Mir scheint die ganze Angelegenheit so zu liegen: Wir haben

in Obersteiermark eine Bevölkerung von bedeutend mehr als 200.000 Einwohnern und eine Bevölkerung, in der sich in großer Anzahl die sogenannten gebildeten Stände befinden, so z. B. Berufsbeamte oder andere Beamte, wie man sie überhaupt in einer jeden Gegend, wo die Industrie so stark vertreten ist, findet, ich sage gebildete Stände, die ihre Kinder einer Erziehung in der Mittelschule zuführen wollen. Ich glaube, in einer solchen Gegend mit einer solchen Bevölkerung muß sich nach den Resultaten, die wir an anderen Orten und in Steiermark selbst erleben, doch ein Obergymnasium halten können.

Wie schon der Abgeordnete Dr. Steirer bemerkt hat, werden die Kosten dieses — wenn man es selbst so betrachten will — Versuches Null sein, nachdem das Obergymnasium dem Lande sicherlich weniger kosten würde, als die bestehende Oberrealschule.

Ich erlaube mir, im Namen meiner Wähler mich dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Steirer anzuschließen, den ich der Annahme des hohen Hauses empfehle.

(Der Antrag des Abgeordneten Steirer wird unterstützt.)

Abg. Dr. **Muschler** (St.=G. Leoben): Ich erlaube mir ebenfalls, den Antrag des Abgeordneten Dr. Steirer auf das Wärmste zu unterstützen. Die Gründe, welche im Allgemeinen für die Umwandlung der in Leoben bestandenen Oberrealschule und rücksichtlich des Realgymnasiums sprechen, wurden bereits zum Theile im Berichte des Unterrichts-Ausschusses, zum Theile aber von meinem Herrn Vorredner erörtert. Ich beziehe mich in dieser Richtung insbesondere auf Das, was der Herr Abgeordnete des oberen Murthales für den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Steirer und überhaupt für die Nothwendigkeit der Umwandlung der Oberrealschule in ein Obergymnasium vorgebracht hat. Der beste Beweis, wie tief und wie weit verbreitet im Oberlande das Bedürfnis in dieser Richtung ist, beweist die mit so zahlreichen Unterschriften bedeckte Petition. Es ist das keine jener Petitionen, wie sie dem hohen Landtage zuweilen wohl vorgelegen sind, wo häufig Kreuzzeichen figuriren, wo vielleicht eine gedankenlose Menge, der man etwas vormacht, die Petition unterschreibt.

Wenn Sie die Unterschriften prüfen, welche die Petition trägt, so werden Sie finden, daß die ganze Intelligenz des Oberlandes dieselbe unterzeichnet hat. Sie finden hier Staatsbeamte, Bergbeamte, Sie finden hier die hochw. Geistlichkeit beinahe vollzählig vertreten, kurz, man kann mit Beruhigung sagen, daß Alles, was in dem Oberlande auf Intelligenz und Bildung Anspruch macht, die Petition unterschrieben hat. Die

Nothwendigkeit der Umwandlung der gegenwärtigen Oberrealschule in ein Obergymnasium wird zum Theile sogar vom Landes Schulrath anerkannt, denn er spricht sich in der Note an den Landes-Ausschuß vom 9. October 1874 dahin aus, daß die Errichtung der Oberrealschule in Leoben eine verfehlte Speculation sei, und setzt hinzu, daß in Folge der im Jahre 1873 hereingebrochenen Krisis auf volkswirtschaftlichem Gebiete die Bevölkerung mit Vorliebe Gymnasien beschießt, denn aus Liebe zur Wissenschaft allein, werde man ebensovienig Ingenieur als Professor. Man sollte glauben, daß der Landes Schulrath aus dieser Prämisse zu dem allein richtigen Schlusse gelange, daß man die Oberrealschule in ein Obergymnasium verwandeln solle. Allein leider gelangt er, u. z. durch größtentheils falsche Schlüsse zu dem entgegengesetzten Resultate. Auch in dem Antrage des Unterrichts-Ausschusses wird anerkannt, daß die Umwandlung der Oberrealschule in ein Obergymnasium ein dringendes Bedürfnis des Oberlandes sei. Wenn aber dieses Bedürfnis anerkannt ist, wenn die Errichtung der Oberrealschule, wie der Landes Schulrath sagte, eine verfehlte Speculation war, so glaube ich, daß es dringend nothwendig sei, daß sofort dieser Fehler reparirt und die Umwandlung in das Obergymnasium vollzogen werde.

Obersteiermark hat mit Rücksicht auf seine Bevölkerung, mit Rücksicht auf seinen Flächeninhalt, und insbesondere mit Rücksicht auf seine Steuerleistung einen begründeten Anspruch auf eine selbstständige Mittelschule. Nachdem sich nun die Oberrealschule aus den vielfach erörterten Gründen nicht erhalten läßt, und nachdem auf die Aufhebung dieser Anstalt gedrungen wird, so bleibt nichts anderes übrig, als den richtigen Weg einzuschlagen, und diese Anstalt endlich in ein Obergymnasium umzuwandeln.

Ich werde daher jedenfalls für den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Steirer stimmen, welcher die Sache ernstlich in Angriff nimmt, während der Antrag des Unterrichts-Ausschusses leicht den Anlaß bieten kann, die Sache auf die lange Bank zu schieben. Die Voraussetzung, daß die bisherigen Beiträge sowohl von Seite des Staates, als auch von Seite der Stadtgemeinde Leoben werden geleistet werden, ist auch in dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Steirer enthalten. Was den Staat betrifft, so ist wohl nicht zu zweifeln, daß er für das Obergymnasium bereit sein wird, denselben Beitrag zu leisten, wie für die Oberrealschule. Die Stadtgemeinde Leoben hat zwar in ihren Petitionen die Bitte gestellt, daß ihr diese Subvention erlassen werden möge, allein es steht diese Bitte nur in zweiter Linie, und wenn der eigentlichen

Bitte der Petition, welche darin besteht, daß die Oberrealschule in ein Obergymnasium verwandelt werde, stattgegeben wird, so ist nicht zu zweifeln, daß die Stadtgemeinde Leoben, wenn ihren Wünschen entsprochen wird, sich eher bereit finden wird, den Beitrag zu leisten, als für die Oberrealschule, welche ihrem Zwecke und auch den Wünschen der Gemeinde nicht entspricht. Ich erkläre daher nochmals, daß ich für den Antrag des Abgeordneten Dr. Steirer stimmen werde.

**Abg. Sprung (H.-R. Leoben):** Wenn ich gegen den Antrag des Unterrichts-Ausschusses spreche, so bestimmen mich dabei einerseits allgemeine, menschliche Gründe, andererseits locale Gründe, welche in meiner Hinneigung zur Gerechtigkeit liegen. Es wird überall zugestanden, daß die vormalige Unterrealschule, welche von der Stadtgemeinde Leoben errichtet wurde, keinen besonderen Erfolg hatte, ebenso wird zugestanden und durch statistische Ausweise erhärtet, daß das hierauf errichtete Realgymnasium einen bei weitem besseren Erfolg hatte, und nun wird wiederum gesagt und von Seite des Landes-Ausschusses und von Seite des Landes-Schulrathes mit Ziffern belegt, daß die Oberrealschule, welche auf dieses Realgymnasium gepfropft wurde, wiederum keinen Erfolg habe. Kann nun daraus gefolgert werden, wie es der Landes-Schulrath thut, daß die Bewohner von Obersteiermark überwiegend eine realistische, oder sagen wir eine materialistische Richtung haben, obwohl doch am Ende damit nur begründet ist, daß wegen der größeren Aussicht schneller zu einem Erwerbe zu kommen, die Anstalt errichtet werden sollte? Ich schliesse aus dem Angeführten das Gegentheil. Von dem Augenblicke an, als auf das Realgymnasium wieder eine realistische Anstalt gepfropft wurde, fing die Anstalt an, schlechtere Erfolge aufzuweisen. Sie können sich wohl vorstellen, daß, wenn auf eine Realschule eine Obergymnasium gestellt wird, und wenn der Director der ganzen Anstalt ein Realist ist, die Gesamtrichtung des Realgymnasiums eine realistische werden muß, und der geringe Besuch der Oberrealschule kann nach diesen Daten damit begründet werden, daß im Großen und Ganzen der Zug derjenigen Bevölkerung in Obersteiermark, welche sich überhaupt der Mittelschule zuwendet, vorwiegend nur ein humanistischer und nicht ein realistischer sei. Ich glaube, daß bei allen diesen Angaben über den Besuch insbesondere vergessen worden ist, auf diejenigen jungen Leute zu reflectiren, welche eine Mittelschule gar nicht besuchen, wenn sie dieselbe nicht in der Nähe haben. Es werden immer nur diejenigen angeführt, welche nach Graz gegangen sind, um hier in's Gymnasium einzutreten. Es kostet Geld, Jemanden in Graz unterzu-

bringen, und nicht Jedermann in Obersteiermark hat das nöthige Geld, um diese Kosten zu bestreiten; insbesondere gibt es eine Menge von jungen Leuten, welche sich gerne einer humanistischen Richtung widmen würden, die aber nicht das nöthige Geld dazu haben, und die, weil sie die realistische Richtung nicht verfolgen wollen, gar keine Mittelschule besuchen. Daß die realistische Richtung in Obersteiermark nicht viel Anhänger hat, war wohl aus der statistischen Tabelle zu entnehmen, welche der Landes-Schulrath entworfen hat. Wie kommt es denn, daß in dieser Tabelle die Schüler abgetheilt sind in diejenigen, welche die realistische Richtung und in diejenigen, welche die humanistische Richtung verfolgen, während doch die Zahl der Schüler, welche in die Oberrealschule eintreten, immer viel kleiner ist, als die Zahl derjenigen, welche sich in den unteren Classen für diese Richtung erklärt haben. Charakteristisch für die Leitung der Schule ist es, daß von einer gewissen Zeit an es gar keine Schüler mehr gibt, welche beide Richtungen verfolgen wollen. Dies erklärt sich einfach daraus, daß der Director der Anstalt es für gut fand, den Unterricht in französischer und griechischer Sprache gleichzeitig abhalten zu lassen, so daß kein Schüler im Stande war, sich nach beiden Richtungen hin auszubilden, und nach den verschiedenen Ueberredungen, welche angewendet wurden, ist es natürlich, daß am Ende sich die Mehrzahl der Schüler für die französische Sprache entschied, womit ihnen der Ueberstritt in jedes Obergymnasium abgeschnitten war. Nachdem ich dies über die Zahl und das Verhältniß derjenigen, welche sich den realistischen und derjenigen, welche sich den humanistischen Studien widmen, angeführt habe, glaube ich den hohen Landtag beschwören zu müssen, er möge nicht den ohnehin nicht übertrieben starken Zug nach Idealismus, welcher in der Bevölkerung in der gegenwärtigen Zeit vorhanden ist, dadurch noch mehr herabdrücken, daß den jungen Leuten die Gelegenheit genommen wird, sich in den humanistischen Fächern auszubilden. Es steckt in jedem Menschen ein gewisser Grad von Idealismus, und sehr traurig ist es, wenn dieser Idealismus schon in der frühesten Jugend keine Nahrung und keine Gelegenheit findet, sich geltend zu machen. Ich glaube daher aus allgemein humanen Rücksichten, daß es zweckmäßig sei, einer Bevölkerung von mehr als 200.000 Menschen die Möglichkeit zu geben, diesem idealen Zuge zu folgen.

Was nun die Vortheile der einen oder der anderen Schule betrifft, so muß ich bemerken, daß die Gymnasien gegenüber den Realschulen im entschiedenen Vortheile sind, denn nach Absolvierung eines Obergymnasiums kann man noch jede beliebige Carrière ergreifen

und sich je einem beliebigen Berufszweige zuwenden, während dies nach Absolvierung einer Oberrealschule entweder ganz unmöglich ist, oder nur mit großem Aufwande von Fleiß, Studium und Geld erreicht werden kann.

Ich finde schließlich in dem Antrage des Unterrichts-Ausschusses zwar nur eine Verschiebung ausgesprochen, allein zwischen den Zeilen die Aufhebung der Oberrealschule angedeutet. Es ist gar kein Zweifel und jeder Mensch muß es zugeben, daß die Oberrealschule, wie sie derzeit im Leoben besteht, nicht existenzfähig ist und daß da etwas geschehen müsse. Wenn der hohe Landtag diese Anstalt aufheben will und damit zugleich den einzigen Beitrag, welchen Obersteiermark vom Lande für Mittelschulen bezieht, zurückziehen will, so möge das offen erklärt werden, der Landtag möge jedoch nicht versuchen, diese Absicht zu verschleiern, indem er sagt, daß man die Anstalt nicht aufheben, sondern blos Erhebungen pflegen wolle. Zur Aufhebung ist allerdings noch immer Zeit, der Versuch soll aber gemacht werden im Interesse Obersteiermarks, ob dort ein Gymnasium lebensfähig ist oder nicht. Diesen Versuch bezweckt der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Steirer, welchen ich hiemit unterstütze.

Abg. Dr. Heilsberg (M.-G. Frohnleiten): Als Ueberreicher der Petition der Stadt Leoben ergreife ich das Wort. Es wird uns vielleicht im Verlaufe der Debatte gesagt werden, daß der Antrag des Unterrichts-Ausschusses keinen dem eigentlichen Petition unguünstigen Charakter habe, daß ja auch durch diesen Antrag angestrebt werde, dem Wunsche zu entsprechen, welcher in den diesbezüglichen Petitionen enthalten ist, von welchen ich die der Stadt Leoben zu überreichen die Ehre hatte. Dem ist aber nicht so, es müßten denn für gleichbedeutend erachtet werden, das Ansuchen: daß die Anstalt möglichst bald umgewandelt werde, und der Antrag: es solle die Sache noch ein Jahr erhoben werden, und nach diesen Erhebungen solle man sehen, was in Vorschlag gebracht werden solle. Ich glaube nicht, daß man eine solche Proposition für gleichbedeutend erachten kann mit dem Beschlusse, daß unter den gestellten Bedingungen die Oberrealschule vom Schuljahre 1881/82 an in ein Obergymnasium umgewandelt wird, und es ist klar, wie sich bei einer Zusammenstellung dieser beiden Anträge ergibt, daß sie in ihren Erfolgen nicht dasselbe sind, sondern daß im besten Falle die Verzögerung um ein Jahr, und mit Hinzurechnung allfälliger Zwischenfälle, bis in's Unabsehbare die Folge der Annahme des Antrages des Unterrichts-Ausschusses sein kann. Es können daher Diejenigen, welche dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Steirer zustimmen, durchaus nicht den Antrag des Unterrichts-Ausschusses unterstützen

der eine Verschleppung und Verzögerung einer dringend nothwendig zu lösenden Angelegenheit ist.

Es wird aber dieser Antrag damit begründet, daß statistische und „sonstige Erhebungen“ zu pflegen seien. Das Gebiet der sonstigen Erhebungen ist ein außerordentlich weites, „sonstige Erhebungen“ können Jahre und Jahrzehnte gepflogen werden, und es ist das Gebiet der „sonstigen Erhebungen“ noch immer nicht erschöpft.

Was hier wesentlich in Betracht kommt, sind nicht umständliche, weitläufige und complicirte Erhebungen. Soweit sie statistisch sein sollen, sind sie für und Gegen längst gepflogen worden; von der einen Seite namentlich durch den steirischen Landes Schulrath, von der anderen Seite mit entgegengesetztem Resultate von Seite der Petenten, und ich glaube, nicht ohne triftige Gründe behaupten zu können, daß die richtige Auffassung auf Seite der Letzteren ist. Ich will den Bericht des Landes Schulrathes Steiermarks keiner weitläufigen schon gepflogenen Kritik unterziehen, aber ich will darauf hinweisen, wie solche Berichte naturgemäß entstehen und so auch dieser Bericht entstanden ist. Die eigentlichen, internsten Daten und Momente in diesem Berichte werden ja meist beschafft, indem man dem Berichte das Referat derjenigen Persönlichkeit zu Grunde legt, welche zunächst als mit der Sache vertraut officiellerseits angenommen wird, und das ist der Leiter der Schule.

Der Leiter einer Oberrealschule ist nun in der Frage der Auflösung derselben eine gewiß nicht unbefangene Person, und daß die von Seite des Leiters einer realistischen Schule für den Bericht des Landes Schulrathes gelieferten Daten, betreff Aufhebung derselben nicht im Sinne der von den Petenten gewünschten Umwandlung der Anstalt in eine humanistische ausfallen werden, ist selbstverständlich. Ich will daraus keinen Vorwurf ableiten, es ist menschlich. Man sollte aber auch nicht aus so gewordenen Daten ernste Gründe gegen das Ansuchen ableiten wollen. Es möge jedoch dies zur Charakteristik eines solchen Berichtes dienen, der immer einseitig sein muß, weil er von einem einseitigen Gesichtspunkte aus abgefaßt wird. Aber selbst was diese Daten anbelangt, so erinnere ich mich eines Urtheiles, welches von kompetentester Seite über diese Zusammenstellungen abgegeben wurde, und welches dahin lautete, daß es eine sehr geschickte Combination von Ziffern und kleinen Ziffernunterschieden sei, um dann schließlich zu Prophezeihungen zu kommen. Insofern der Bericht unguünstig ausfällt, ist er nicht mehr als eine Prophezeihung, denn allen diesen kleinen Motiven steht entgegen, daß eine Bevölkerung von nahezu 300.000 Menschen, welche zum großen Theile den gebildeteren Ständen angehört, und welche für ihre

Kinder — selbst bei dem häuerlichen Stande in diesen Gegenden — das Bedürfnis der weiteren Ausbildung an der Mittelschule hat, daß diese Bevölkerung dringend um die Umwandlung dieser Anstalt bittet. Daß diese Bevölkerung die Berechtigung hat, mit dieser Bitte vor den hohen Landtag zu kommen, ist dargethan durch die Ausführungen, welche bezüglich der Steuerleistung hier vorgebracht wurden. Es ist damit dargethan worden, daß seitens dieser Bevölkerung der Landesfond Steiermarks nicht allzusehr in Anspruch genommen wird, obwohl sie dazu bedeutend beiträgt. Es sind also diese nicht unbescheidenen Wünsche eines großen Theiles der Bevölkerung vollaus gerechtfertigt, und die jetzige sachliche innere Berechtigung zu einem Ober-Gymnasium hat diese Bevölkerung aus dem Grunde, weil heute in Folge der wirthschaftlichen Verhältnisse nicht nur hier, sondern im ganzen Reiche sich die Nothwendigkeit herausstellt, realistische Lehranstalten in humanistische umzuwandeln. In der Reichshauptstadt Wien, wo einzelne Bezirke gewiß eine ausgeprägt realistische Richtung haben, ist das Streben nach Umwandlung der realistischen Anstalten ein sehr reges, der Besuch der Realschulen ein bedeutend geringerer geworden, als der der humanistischen Lehranstalten. In Niederösterreich hat, laut den letzten Nachrichten, eine Reihe von Gemeinden, wo Realschulen bestehen, die dringende Bitte um Umwandlung derselben in humanistische Anstalten gestellt. Einer solchen Sachlage gegenüber ist es nicht ungerechtfertigt, wenn die Bevölkerung Obersteiermarks in gleicher Weise petitionirt, ist es nicht absonderlich, wenn sie eine gleiche Bitte stellt, und ist es nicht Etwas, was finanziell das Land zu irgend welchen neuen dauernden Auslagen inducirt. Was die finanzielle Seite der Frage anbelangt, so will ich auch hier nebst meiner persönlichen Erfahrung, einen Ausspruch des Unterrichts-Ministers anführen, daß es ihm sonderbar erscheine, wenn man behaupten wolle, daß durch ein Gymnasium dauernd eine namhafte größere Belastung entstehe als durch eine Realschule. Es mag sein, daß in der Uebergangszeit durch Pensionirungen und Uebergangs-Einrichtungen u. dgl. vorübergehend eine Mehrbelastung eintritt, aber von einer namhaften dauernden Mehrbelastung ist absolut nicht nur nach meiner Meinung, sondern nach den Aeußerungen des Unterrichts-Ministers keine Rede.

Es ist auch die Frage aufgeworfen worden, ob der Beitrag, welcher seitens des Staates geleistet wird, gesichert ist. Ein solches Bedenken entfällt zunächst schon, da nach dem Antrage des Abg. Dr. Steirer dies zur Bedingung seines Antrages gemacht wird. Allein ich habe in dieser Beziehung noch Etwas anzu-

führen. Der Herr Unterrichts-Minister, an den ich mich persönlich in dieser Frage gewendet habe, und dessen Worten doch Glauben beigemessen werden muß, äußerte sich ausdrücklich dahin, daß es der Regierung bei Verleihung dieser Subvention vollkommen gleichgiltig sei, ob sie für eine Realschule oder für ein Gymnasium geleistet werde. Das sind die Worte des Ministers selbst. Sollte man bei dem Wechsel in der Person noch irgend ein Bedenken haben, so schützt — wie gesagt — der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Steirer, welcher diese Beiträge von Seite des Staates und der Stadt zur Bedingung der Umwandlung macht, gegen alle irgendwie zu befürchtenden Mehrbelastungen. Die großen Vortheile der Umwandlung liegen in der höheren Anziehungskraft, welche eine humanistische Lehranstalt ausübt, da dadurch die Bürgerschaft gegeben ist, daß der Besuch gewiß ein sehr guter sein werde, und in dem Umstande, daß die Eltern, welche bei der Oberrealschule bisher in die Nothwendigkeit versetzt waren, die Berufswahl für ihre Kinder schon frühzeitig zu treffen, diese Wahl bei einem Obergymnasium um viele Jahre später werden treffen können, was gewiß wesentlich zum stärkeren Besuche dieser Anstalt beitragen wird.

Nachdem ich nun versucht habe, nachzuweisen, und wohl auch nachgewiesen habe, daß es kein ungerechtfertigtes Begehren seitens der Stadtgemeinde Leoben und der ganzen Obersteiermark ist, wenn die Umwandlung dieser Anstalt gewünscht wird; nachdem dies auch kein ausnahmsweises Verlangen, sondern im allgemeinen Zuge der jetzigen Zeit gelegen, und aus den geänderten Verhältnissen entsprossen ist; nachdem keine Mehrbelastung der Finanzen des Landes zu befürchten ist; nachdem ferner die Sicherheit gegeben, daß die Beiträge, welche von Seite des Staates geleistet werden, auch dann weiter bezogen werden können, wenn das Land dieser Umwandlung zustimmt; nachdem besonders auch die Uebergangs Auslagen durch Zufall dormalen viel geringer sein werden, weil die Directorsstelle durch Ableben des vorigen Directors erledigt und noch unbesezt ist, weil ein anderer Professor schwer krank ist und kaum jemals wieder für das Lehrfach geeignet sein wird, weil ferner eine Anzahl Supplenten an der Anstalt wirken, welche also im Uebergange keine Mehrbelastung veranlassen; nachdem also auch nicht einmal eine nennenswerthe Mehrzahlung zu befürchten ist, erlaube ich mir mit vollem Rechte an das Gerechtigkeitsgefühl und die Einsicht des hohen Landtages zu appelliren und zu bitten, dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Steirer zuzustimmen.

Abg. v. Forcher (St.-G. Judenburg): Ich erlaube mir im Namen meiner Wähler den Antrag des

Herrn Abgeordneten Dr. Steirer zu empfehlen. Ich mache auf das kleine Privatgymnasium des Stiftes Lambrecht aufmerksam, wo jährlich die Schülerzahl zunimmt, trotzdem am Schlusse des Jahres eine Prüfung abgelegt werden muß, trotzdem es ganz abgelegen, Vielen gar nicht bekannt ist, und nicht einen solchen Namen wie Kremsmünster beanspruchen kann.

Wenn man bedenkt, daß die Schüler nach Vollendung des Untergymnasiums nach Graz gehen müssen, um ihre Studien fortzusetzen, während sie vielleicht in der nächsten Nähe von Leoben Bekannte und Verwandte haben, wo sie billiger und leichter Unterkunft erhalten könnten, so ist es gewiß nicht zu läugnen, daß es für die obere Gegend ein großer Gewinn wäre, wenn die Stadt Leoben ein Gymnasium hätte. Ich bitte Sie darum, meine Herren, den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Steirer Ihnen auf das Beste empfohlen sein zu lassen.

Abg. Dr. Nechbauer (St. Graz): Als Obmann des Unterrichts-Ausschusses sehe ich mich veranlaßt, einige Worte zu Gunsten des von demselben gestellten Antrages zu sprechen. Es wird von einer Reihe von Rednern die Sache so dargestellt, als ob der Unterrichts-Ausschuß mit dem Dolche im Gewande gegen die Oberrealschule in Leoben vorgehe. Wenn Sie den Bericht gelesen und gewürdigt haben, so werden Sie, meine Herren, finden, daß der Unterrichts-Ausschuß die Gründe, welche für die Umwandlung der Oberrealschule in ein Obergymnasium sprechen, vollkommen gewürdigt hat. Aber er glaubt, daß in einer so wichtigen Angelegenheit nicht so einfach, lediglich aus localen Rücksichten, vorgegangen werden könne, sondern daß sie genau, nach allen Seiten hin, erwogen werden muß. Man beruft sich auf die Petitionen, namentlich der Stadt Leoben und mehrerer Corporationen; allein vor wenigen Jahren haben dieselben Petenten um eine Oberrealschule gebeten; wir haben dem Wunsche entsprochen und die Realschule errichtet. Wenn nun wieder eine Petition kommt, um eine neuerliche Aenderung, nachdem vor wenigen Jahren etwas Anderes gewünscht wurde, so ist es wohl natürlich, daß die Gründe, die angeführt werden, sorgfältig zu untersuchen sind.

Ich verkenne nicht, meine Herren, und auch der Unterrichts-Ausschuß war einstimmig dafür, daß wichtige Gründe für die Umwandlung sprechen; allein, um einen so wichtigen Schritt zu thun, muß man genau alle Verhältnisse kennen und wird gewiß nicht aus einem gewissen Localpatriotismus die Sache unterstützen; man muß objectiv, von einem höheren Gesichtspunkte aus die Sache anschauen, bei der es sich auch um die

Steuerkraft des Landes, um die bereits arg belasteten Bürger handelt.

Was will der Unterrichts-Ausschuß? Es ist im ganzen Tenor seines Berichtes klar die Anschauung ausgesprochen, daß mit Rücksicht darauf, daß die jetzige Oberrealschule ein so wenig erfreuliches Bild bietet und so wenig besucht ist, daß ein Zögling daselbst dem Lande auf 1000 fl. zu stehen kommt (Hufe: Hört!), die Umgestaltung der Realschule in ein Gymnasium zweckmäßig sein werde. Allein hierbei ist wohl vor Allem entscheidend, ob ein genügendes Schüler-Material dafür vorhanden ist; es muß daher vor Allem erhoben sein, ob sich genügend vorgebildete Schüler für ein Obergymnasium vorfinden. Nach der jetzigen Einrichtung des Unter-Realgymnasiums sind bloß die ersten zwei Classen so beschaffen, wie am Gymnasium, die 3. und 4. Classe sind schon getheilt, da haben wir schon — wie man es heute genannt hat — die Bifurcation, nachdem einem Theile der Schüler Griechisch und Latein, dem anderen Französisch und Englisch gelehrt wird. Wenn nun schon das Unter-Realgymnasium nur schwachen Besuch findet und heute gleich ein Obergymnasium errichtet wird, so haben Sie keine genügenden Zöglinge, weil bei der Bifurcation nur Wenige die im Untergymnasium nöthige Vorbildung besitzen.

Man hat gesagt, es werden andere Lehranstalten besucht und es wurde vom Herrn Abgeordneten Dr. Boes auf die Stiftsgymnasien in Lambrecht und Admont hingewiesen. Allein diese sind wenig besucht: der Ausschluß hat aber geglaubt, daß auch andere Lehranstalten in's Auge gefaßt werden sollten, nachdem bei den jetzigen Communicationen gewiß sehr vielen Jünglingen aus Obersteier auch andere Gymnasien leichter zugänglich sind, als Leoben, z. B. Waidhofen, Kremsmünster, Steyer. Bei den jetzigen Eisenbahnverbindungen können die Schüler aus dem Ober-Güns- und aus dem Murthale leichter dorthin kommen, oder doch wenigstens ebenso leicht wie nach Leoben, so daß also das Bedürfniß nach einem Gymnasium in Leoben bei den jetzigen Communicationsmitteln nicht mehr so vorhanden ist, wie früher, wo in jedem Kreise eine Lehranstalt hätte sein müssen. Denn man muß bedenken, daß die Kosten für die Eltern beinahe dieselben sind, ob die Schüler nun nach Leoben oder nach Graz geschickt werden, sobald nun einmal die Kinder aus dem Hause gegeben werden müssen. Da werden die Eltern jedenfalls erwägen, welche Lehranstalt die beste ist. Dorthin werden die Schüler geschickt werden und es wird bei den jetzigen Communicationsverhältnissen keinen großen Unterschied machen, ob die

Entfernung um eine oder die andere Meile mehr oder weniger beträgt. Der Ausschuß war deshalb der Meinung, es möge statistisch erhoben werden, wie viele obersteirische Jünglinge die Gymnasien in Waidhofen, Kremsmünster und Steyer besuchen und wie viele beiläufig in Graz sind. Das ist die Sachlage. Weiters wollen wir versichert sein, daß das, was jetzt für die Oberrealschule geleistet wird, nämlich der Beitrag der Stadt Leoben und die Subvention des Staates, auch dann geleistet wird, wenn eine Umgestaltung der Oberrealschule in ein Obergymnasium erfolgt.

Der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Steirer und der Ausschußantrag sind in praktischer Beziehung einander gleich, denn wenn nach dem Antrage Steirers die Errichtung des Gymnasiums erst dann eintreten soll, wenn Alles das geschehen ist, was im Antrage vorausgesetzt wird, so haben Sie ja doch eine Vertagung, weil ja auch nach diesem Antrage Verhandlungen vorausgehen müssen und die Ermittlung zu geschehen hat, ob der Staat und die Commune Leoben die bisherige Subvention auch noch weiter zahlen. Wenn Sie den Ausschußantrag annehmen, so werden Sie ebenso schnell und ebenso sicher ein Gymnasium geschaffen haben, als wenn Sie den Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Steirer annehmen, weil in jedem Falle Vorerhebungen voranzugehen haben, und wenn die Regierung und der Landes-Ausschuß die Angelegenheit ernst nehmen, — und das ist Sache der administrativen Behörden — so können die nothwendigen Vorerhebungen und Vereinbarungen in 3—4 Monaten zu Stande gekommen sein, und es ist nach dem Ausschußantrage die Möglichkeit gegeben, vielleicht schon im Schuljahre 1880/81 das Obergymnasium in's Leben zu rufen, während nach dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Steirer jedenfalls erst im Schuljahre 1881/82 das Obergymnasium zu bestehen anfangen könnte. Sie haben durch diesen Antrag die Sache nicht beschleunigt, sondern einen längeren fixen Termin festgestellt, während nach dem Ausschußantrage, wenn die Sache schnell und energisch behandelt wird, schon im nächsten Schuljahre ein Gymnasium da sein kann. Das bitte ich abwägen zu wollen.

Wenn vom Idealismus und davon gesprochen worden ist, daß der Ausschuß offen sein solle, so muß ich den Herren aus Obersteier bemerken, daß sie doch dem Ausschusse so viel Muth zutrauen mögen, daß er sagt was er will; ich habe meine Meinung und die des Ausschusses offen vortragen; wäre es uns darum zu thun gewesen, das Gymnasium nicht zu errichten, so hätten wir uns gewiß vor Niemandem gescheut, das offen zu sagen. Wir glauben aber an die Zweckmäßigkeit

der angesuchten Umgestaltung und darum haben wir dasjenige gethan, was als wesentliche Vorbedingung dazu unabweisbar geschehen muß, wenn diese wichtige Sache objectiv und nicht mit Rücksicht auf Nebeninteressen und Local-Patriotismus entschieden werden soll.

Ich glaube der Landtag wird ganz consequent und wie gesagt worden ist, nach Gerechtigkeit vorgehen, indem er eine solche Anstalt nur auf Grund genauer Erhebungen und nach vorher gepflegtem Einvernehmen und nach Feststellung der dazu gehörigen Beiträge umwandelt.

Wenn der letzte Herr Redner wiederholt hingewiesen hat auf das, was ihm ein Minister gesagt hat, so haben wir ja vielfach erfahren, daß Aeußerungen in Privatgesprächen noch keine amtlichen Erlässe sind, und ich möchte die Herren erinnern, daß der betreffende Minister gar nicht mehr im Amte ist und derzeit ein anderer Minister das Unterrichtsportefeuille inne hat. Die Anschauungen des Einen sind für den Andern gar nicht maßgebend; ich zweifle übrigens nicht daran und bin davon überzeugt, daß jeder Unterrichtsminister diesen Beitrag bewilligen wird, weil es im Interesse der Bildung und des Fortschrittes gelegen ist.

Ich glaube daher, daß ich im Namen des Unterrichts-Ausschusses dessen Obmann zu sein ich die Ehre habe, die dem Ausschusse directe und indirecte gemachten Anwürfe zurückweisen muß, und halte mich für verpflichtet, den Antrag desselben, den ich in jeder Richtung für vollkommen gerechtfertigt halte, dem h. Landtag zu empfehlen. (Beifall.)

Abg. Dr. Rit. v. Schreiner (St. Graz): Die Zeit, welche auf die gegenwärtige Debatte verwendet worden ist, scheint mir viel zu lang, wenn sie die Differenz der Meinungen zwischen dem Unterrichts-Ausschusse und dem Abg. Dr. Steirer über das Wesen der Sache begleichen soll, denn eine solche Differenz besteht nicht, sie erscheint mir aber viel zu kurz, um über eine, vor wenigen Jahren über Begehren des Landes mit großen Kosten errichtete Lehranstalt den Stab zu brechen und an Stelle derselben mit neuerlichen Kosten eine andere Lehranstalt zu errichten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß der steirische Landtag, nach einer einstündigen Debatte gegen den Antrag seines Unterrichts-Ausschusses, gegen die Meinung des Landes-Schulrathes und über das Begehren der Handelskammer und der Stadt Leoben hinaus, sogleich den principellen Beschluß fassen werde: Die Oberrealschule in Leoben habe aufzuhören und der Landes-Ausschuß habe schon im nächsten Jahre dafür ein Obergymnasium

zu errichten. So wie der Herr Obmann des Unterrichts-Ausschusses für denselben, so kann auch ich Namens des Landes-Ausschusses die Erklärung abgeben, daß derselbe der Bitte des Landes Obersteiermark im hohen Grade sympathisch gegenüber steht.

Allein so leicht und rasch wie sich die Herren eine solche Umwandlung vorzustellen scheinen, ist die Sache nicht und es sollte auch nicht so leicht über die gesammelten statistischen Daten abgesprochen werden, als hier abgesprochen worden ist. Vor Allem bitte ich sie gültigst zu erwägen, daß es ein großer Unterschied für die Verhandlungen des Landes-Ausschusses mit der Regierung, insbesondere aber mit der Stadtgemeinde Leoben ist, ob heute der Beschluß gefaßt wird: vom Jahre 1881 an, gibt es in Leoben ein Obergymnasium, oder ob der Landes-Ausschuß lediglich beauftragt wird, die Vorbereitungen dafür zu treffen. Die Stadtgemeinde Leoben hat nun gar nicht darum petitionirt, das Land wolle ein Obergymnasium errichten, sondern die Stadtgemeinde Leoben hat petitionirt, das Obergymnasium möge auf Staatskosten errichtet werden und wenn es nicht auf Staatskosten errichtet werden könne, so möge man ihr wenigstens die 3000 fl., welche sie gegenwärtig als Subvention zahlt, nachlassen. (Rufe: Hört!) Darum also wird petitionirt und der Landes-Ausschuß will sich nur auf den Standpunkt dieser Petition stellen. Warum sollen denn wir vom Lande aus, nachdem wir vor fünf Jahren in Leoben eine Oberrealschule errichtet haben, nunmehr auf unsere Kosten ein Obergymnasium errichten, während in anderen Ländern dies alles auf Kosten des Staates geschieht? In erster Linie muß der Landes-Ausschuß, wenn er die Interessen des Landes wahren will, diesen Weg zu betreten trachten. Bevor wir den zweiten Weg gehen, müssen wir auch sicher sein, daß die Gemeinde Leoben, welche binnen sechs Jahren ihre Wünsche so vollständig geändert hat, wenn von Seite des Landes ihrem Wunsche Rechnung getragen werden soll, mindestens die gleichen Opfer und zwar gewissenhafter bringe, als sie die Opfer für die erste, von ihr ebenfalls angesuchte und über ihren Wunsch errichtete Lehranstalt gebracht hat. (Rufe: Hört!)

Das sind die Gründe für die abweichende Ansicht des Landes-Ausschusses und Unterrichts-Ausschusses. Wir wollen das Obergymnasium auch, aber wir wollen und müssen es wollen, ohne das Land mehr als nöthig zu belasten.

Wenn die Herren übrigens glauben — um auf das Besondere der Sache einzugehen — daß es einfach genügt, zu sagen, vom Jahre 1881 an besteht ein Obergymnasium und wenn sie glauben, ein Obergymnasialschüler werde dem Lande vielleicht nicht 1000 fl. kosten.

sondern weniger, so irren sie sich doch gewaltig. Ich möchte die Herren denn doch gebeten haben, auch den statistischen Daten etwas Glauben zu schenken, freilich den statistischen Daten, insoferne sie ihnen eben nicht bequem sind. (Heiterkeit.) Da ist nun zu ersehen, daß heuer in der IV. Gymnasialklasse zu Leoben nur 3 Schüler sind, welche überhaupt geeignet wären, in das Obergymnasium übertreten zu können. Wollen Sie für 3 Schüler ein Obergymnasium errichten? (Heiterkeit.) Wenn weiters von Seite eines Herrn Abgeordneten gesagt wurde, daß es in Obersteiermark sehr Viele gibt, die jetzt gar nicht studiren, die aber studiren würden, wenn ein Obergymnasium da wäre, so erlaube ich mir zu bemerken, daß ich diese eben nicht zählen kann; statistische Erhebungen über Diejenigen, welche vielleicht studiren würden, wenn ein Gymnasium da wäre, zu pflegen, bin ich freilich außer Stande. (Heiterkeit.) Allein ich möchte doch darauf erwidern, daß, wenn Solche vorhanden sind, welche sich in Leoben den humanistischen Studien zuwenden wollen, doch das Realgymnasium die Gelegenheit dazu in reicherm Maße bietet. Die erste und zweite Classe desselben insbesondere sind ja für Humanisten und Realisten gemeinsam und die Bifurcation, wie man es genannt hat, tritt ja erst in der III. Classe ein. Wenn Sie im Jahre 1881 das Obergymnasium errichten, so werden Sie, nachdem jetzt in der III. Classe bloß 9 Schüler der humanistischen Richtung folgen, von denen noch voraussichtlich einige zurückbleiben werden, im Obergymnasium noch immer keine Schüler haben.

Noch eine Frage muß berücksichtigt werden: es ist nämlich ganz richtig, was der Herr Abgeordnete Sprung bemerkt hat, der Unterbau müsse auch verändert werden. Es ist ganz unmöglich, ein Obergymnasium auf den Unterbau eines Realgymnasiums zu stellen. Man muß, wenn man ein Obergymnasium, das ist die 5., 6., 7. und 8. Classe errichten will, erst die unteren Classen aufbauen, um die Schüler für das Obergymnasium zu verschaffen; man wird vor Allem mit dem Realgymnasium aufräumen müssen, man wird mindestens zwei Jahre früher ankündigen müssen, daß die Oberrealschule aufhören und ein Obergymnasium errichtet werden wird, vielleicht werden wir dann die entsprechende Schülerzahl für das Obergymnasium haben.

Allein eines wundert mich von den Herren Vertretern des Oberlandes.

Haben denn die Eltern, welche ihre Kinder derzeit in die Oberrealschule schicken, vor ihren Augen gar keine Gnade gefunden? Sollen diejenigen Eltern, welche im Vertrauen darauf, daß eine solche Lehranstalt in Leoben besteht, ihre Söhne der realistischen Laufbahn

gewidmet haben und seien es auch nur 8, oder 5, oder 7, aber doch auch in der vierten Classe die Eltern von nicht weniger als 17 Schülern, nun ohne weiteres ihre Kinder nach Graz oder nach Wien oder ich weiß nicht wohin schicken?

Ich will dieß nur kurz angeführt haben, um klar zu machen, daß über die bestehende Lehranstalt nicht einfach ein Strich gemacht werden kann und daß man nicht einfach sagen soll: jetzt will ich eine andere Schule haben. Man muß vielmehr einen Uebergang schaffen, dieser Uebergang muß mit der Regierung, mit dem Landes-Schulrath vereinbart werden. Das wollen wir, dazu gebe man uns die Zeit und dann werden wir vielleicht ein Obergymnasium herstellen können, in welchem Schüler sein können, während an Ihrem Obergymnasium, welches schon im nächsten Jahre errichtet werden soll, keine Schüler sein werden. Das will ich aber im Namen des Landes-Ausschusses nochmals ausdrücklich versichern: Auch wir wollen das Obergymnasium. Es besteht daher eine Differenz mit dem idealistischen Standpunkte des Herrn Vorredners gar nicht. Wir kennen eben, um mich so auszudrücken, das Metier und wir glauben demnach daß, wenn mit einer Umwandlung vorgegangen werden soll, dies in sachgemäßer, ruhiger und überlegter Weise vorzunehmen sei, da dieß allein des Landtages würdig ist.

Auf die Kostenfrage übergehend, muß ich schließlich noch bemerken, daß ich nicht glaube, daß die Umwandlung ohne Kosten abgehen werde; eine amtliche Vorlage darüber, wie sich das Unterrichtsministerium verhalten wird, gibt es nicht; ich glaube auch, daß der Landes-Schulrath jedenfalls darüber, ob sich die Kosten eines Obergymnasiums oder einer Oberrealschule höher belaufen, besser informirt ist, als ein selbst noch so tüchtiger Minister, der aber vielleicht sein Ressort noch nicht einmal genau kennen gelernt hat. Denn die Professoren, welche jetzt an der Lehranstalt wirken, kann der Landes-Ausschuß ja nicht einfach verschwinden machen, er muß sie vielmehr fortbezahlen, denn diese Zumuthung dürfte wohl schwer gestellt werden können, daß ein Professor statt Mathematik oder darstellende Geometrie, Latein oder Griechisch vortragen soll. Das werden wohl andere Leute thun müssen. Daraus wird nun wohl nur eine vorübergehende Belastung entstehen, aber doch eine Belastung und ich glaube, der hohe Landtag wird doch wissen wollen, welche Ausichten diese Lehranstalt auf Prosperität hat, welche Kosten dieselbe verursachen wird und ob der Staat eine Subvention übernimmt und was die Gemeinde leistet.

Ich schließe mit der wiederholten Versicherung, der Landes-Ausschuß steht der Sache sympathisch gegen-

über, er will sie durchführen, geben Sie ihm Zeit, geben Sie ihm Muße dazu und er wird Ihnen die nöthigen Vorlagen machen, damit Sie einen Beschluß fassen können, nach dem Sie kennen gelernt haben werden, um was es sich handelt. (Beifall.)

Abg. Dr. **Schalhammer** (L.-G. Feldbach): Ich habe nicht die Absicht gehabt, bei diesem Gegenstande der Tagesordnung das Wort zu ergreifen; es sind jedoch im Verlaufe der Debatte einige Worte gefallen, welche mich zwingen, einige Bemerkungen zu machen. Es ist nämlich gesagt worden, von einem der Herren Vorredner, es sei die Petition der Stadtgemeinde Leoben von der Intelligenz unterzeichnet, während andere Petitionen nur von der gedankenlosen Masse unterschrieben sind. Das ist ein Angriff, wie ich glaube, auf die Landgemeinden, der mir im Ganzen nicht gerechtfertigt erscheint.

Ich bin nicht gesinnt, die Intelligenz der Stadtgemeinde Leoben anzugreifen, ich kenne Leoben nicht, ich bin vom Unterlande gewählt und mein Streben geht dahin, die Interessen meines Wahlkreises so viel als möglich und nach Kräften zu vertreten; allein ich glaube, es ist nicht ganz angezeigt, die Intelligenz hervorzuheben, nachdem von mehreren Herren Vorrednern constatirt worden ist, daß diese intelligente Bevölkerung vor mehreren Jahren um eine Oberrealschule und jetzt wieder um ein Obergymnasium petirt hat. Die gedankenlose Masse ist wenigstens in ihren Petitionen consequent geblieben. (Lebhafte Heiterkeit.)

Ueberdies scheint mir diese Motivirung eine sehr unglückliche zu sein; wenn gerade die Intelligenz der Leobener Bevölkerung uns bestimmen soll, vielleicht, wie der geehrte Herr Vorredner, Landes-Ausschuß Dr. v. Schreiner gesagt hat, dem Lande wenigstens für eine Zeit hindurch große Kosten aufzubürden, so glaube ich, daß, wenn die Bevölkerung Leobens so intelligent ist, daß die Petitionen von 700 Gemeinden als Petitionen einer gedankenlosen Masse erscheinen, dann ist doch gewiß die Lehranstalt in Leoben ganz überflüssig (Heiterkeit), dann wird wohl die intelligente Bevölkerung Leobens im Stande sein, sich selbst zu unterrichten.

Ich muß also bedauern, dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Steirer, dem ich unter anderen Umständen jedenfalls zugestimmt hätte, in Folge dieser unglücklichen Motivirung meine Zustimmung leider versagen zu müssen.

Abg. Dr. **Muscher** (St.-G. Leoben): Ich erlaube mir nur zu einer persönlichen Bemerkung nochmals das Wort zu ergreifen. Zudem ich jenen Ausdruck gebraucht habe, wollte ich gewiß Niemanden angreifen, ich wollte nur kurz hervorheben, daß die erwähnte Petition von der gesammten intelligenten Bevölkerung unterschrieben

worden sei, daß daher die Stimmen nicht nur gezählt, sondern auch gewogen werden müssen. Es ist mir daher gewiß ferne gelegen, nach irgend einer Richtung hin verlegend zu wirken und ich bedaure nur, daß meine Worte in dieser Weise aufgefaßt wurden.

(Die Debatte wird geschlossen.)

**Berichterstatter des Unterrichts-Ausschusses Rappel:**

Ich bin allerdings nicht ermächtigt, mich Namens des Unterrichts-Ausschusses dem Antrage des Herrn Abgeordneten Dr. Steirer anzuschließen; ich werde aber, nachdem derselbe schon gestellt worden ist, für meine Person für denselben stimmen.

**Statthalter Freiherr von Rübeß:** Ich habe mir nur das Wort erbeten, um einige Bemerkungen in dieser Angelegenheit zu machen und zwar vornehmlich deshalb, weil von einer Seite darauf hingewiesen worden ist, daß die statistischen Daten, welche vom Landesschulrath dem Landes-Ausschusse mitgetheilt worden sind, nicht in Uebereinstimmung seien mit den Daten der Jahresberichte. Ich muß constatiren, daß die Daten, wie sie vom Landesschulrath mitgetheilt wurden, von Seite des Landesschulrathes an Ort und Stelle und zwar mit Anhandnahme der in den Amtsschriften niedergelegten Daten zusammengestellt wurden. Wenn daher ein Irrthum sich eingeschlichen hat, so dürfte er bei den letztgedachten Daten nicht zu finden sein; vielleicht ist dies in den Jahresberichten der Fall.

Ich kann gleichfalls nur constatiren, daß von Seite der Regierung der Angelegenheit, sobald sie an dieselbe herantritt, jedenfalls das lebhafteste Interesse entgegengebracht werden wird; ich bin nicht in der Lage, bereits heute dem hohen Hause Mittheilungen wiederholen zu können, welche von Seite eines geehrten Herrn Abgeordneten als aus Regierungskreisen stammend, angedeutet worden sind. Ich glaube jedoch mit einiger Gewißheit voraussetzen zu können, daß von Seite der Unterrichts-Verwaltung einer Anstalt, welcher in der Eigenschaft als Oberrealschule ein staatlicher Zuschuß zugesagt wurde, nunmehr, nachdem sie in ein Ober-gymnasium umgewandelt werden soll, aus diesem Grunde der Staatsbeitrag nicht entzogen werden dürfte. Im Gegentheile, ich glaube, daß die Unterrichts-Verwaltung zweifellos in dem einen wie in dem anderen Falle in finanzieller Beziehung den gegenwärtigen Stand der Dinge aufrecht erhalten wird.

(Der Antrag des Abg. Dr. Steirer wird abgelehnt und der Antrag des Unterrichts-Ausschusses angenommen.)

**Landeshauptmann:** der nächste Gegenstand der Tagesordnung sind die

### **Anträge des Finanz-Ausschusses über die Vorschläge pro 1880 und 1881.**

(Nr. 69 der Beilagen.)

Abg. Freiherr von **Bischof** (R. = G. Leoben): Ich erlaube mir das Wort behufs Stellung eines Antrages, betreffend die formelle Geschäfts-Behandlung, zu ergreifen.

Im Einverständnisse mit zahlreichen Mitgliedern dieses hohen Hauses erlaube ich mir nämlich den Antrag zu stellen, daß dieser Bericht des Finanz-Ausschusses von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werde.

Es haben nämlich viele Herren die Fragestellung in der letzten Sitzung, als es sich darum handelte, welche Gegenstände auf die heutige Tagesordnung gesetzt werden sollten, nicht vollkommen verstanden; es ist jedoch unsere Meinung, daß es im wesentlichen Interesse einer geordneten und übersichtlichen Berathung des Landes-Vorschlages gelegen sei, wenn die einzelnen Berichte des Finanz-Ausschusses nicht getrennt, nicht in verschiedener Reihenfolge, sondern im Zusammenhange und auf einmal erst dann zur Berathung kommen, wenn die Schlufsanträge des Finanz-Ausschusses über den Landes-Vorschlag uns vorliegen werden; nur in diesem Falle ist es möglich, die von uns gewünschte Generaldebatten über den Landes-Vorschlag auch rücksichtlich des Erfordernisses zu führen.

Ich erlaube mir in aller Kürze auch noch darauf hinzuweisen, daß ich mich in der letzten Sitzung geirrt habe, aber nur insoferne, als nicht blos in den Jahren 1877 und 1878 die Berathung des Vorschlages erst dann stattfand, als sämtliche Berichte des Finanz-Ausschusses vorlagen, sondern daß dieser Vorgang auch schon im Jahre 1876, also in den drei letzten Sessionen beobachtet wurde und daß sich derselbe als ganz zweckmäßig erwies, daß geht daraus hervor, daß im Jahre 1876 die Berathung des Vorschlages vier Sitzungen, im Jahre 1877 trotz der drängenden Kürze der Session zwei Sitzungen und im Jahre 1878 auch nicht mehr als vier Sitzungen in Anspruch nahm.

Ich erlaube mir daher, meinen Antrag zu wiederholen, der dahin geht, daß dieser Bericht des Finanz-Ausschusses von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werde. (Dieser Antrag wird angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung sind

### **Berichte über Petitionen,**

und zwar vorerst des Petitions-Ausschusses.

Ich ersuche vorerst den Herrn Berichterstatter Abgeordneten **Primer**, den Bericht zu erstatten.

**Berichterstatter des Petitions-Ausschusses Pfrimer :**  
Johanna Pichem, Edle von Löwenburg, bittet um eine Erhöhung ihrer Gnadengabe.

Die Petentin bezieht ohnedies eine Gnadengabe von 40 fl. und ist außerdem im Besitze einer Tabaktrafik, deren Erträgniß sie allerdings bloß auf 225 fl. schätzt. Die Petentin ist in einem Alter von 60 Jahren, in welchem sie allerdings nicht im Stande ist, sich einen Erwerb zu verschaffen. Trotzdem glaube der Petitions-Ausschuß eine Erhöhung ihrer Gnadengabe nicht befürworten zu sollen und stellt den Antrag:

„Der hohe Landtag wolle diese Petition abweislich bescheiden.“

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand ist der Bericht des Petitions-Ausschusses über die Petition der Maria Möstl um Erhöhung ihrer Provision.

**Berichterstatter des Petitions-Ausschusses Pfrimer :**  
Die Petentin macht in ihrer Petition geltend, daß sie schon 60 Jahre alt sei, daß sie sich kein Vermögen erwerben konnte, und auch jetzt nicht in der Lage sei, sich bei ihrem Alter ihr Brod verdienen zu können, und daher mit 5 kr. nicht das Auskommen finden könne. Der Petitions-Ausschuß glaubt aber trotzdem, auf die Erhöhung der Provision nicht antragen zu sollen, wohl aber befürwortet er, eine einmalige Gnadengabe zu bewilligen und stellt daher den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

„„Es sei das Ansuchen der Maria Möstl um Erhöhung ihrer Provision abzulehnen und derselben eine einmalige Gnadengabe von 30 fl. zu gewähren.““

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Petitions-Ausschusses über die Petition des Jakob Botteri, um Einrechnung seiner provisorischen Dienstzeit.

**Berichterstatter des Petitions-Ausschusses Pfrimer:**  
Jakob Botteri, Professor der italienischen Sprache an der Landesoberrealschule bittet um Einrechnung der 9½ Jahre, welche er vor der Systemisirung seiner Stelle im Dienste des Landes im Lehrfache zugebracht hat, in die normale Dienstzeit. Der Petent ist beinahe 25½ Jahre im landschaftlichen Dienste beim Lehrfache, war jedoch die ersten 9½ Jahre seiner Dienstzeit nur provisorisch angestellt. Es spricht jedoch zu seinen Ungunsten, daß er damals noch keine Prüfung hinter sich hatte.

Der Petitions-Ausschuß stellt daher den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Herr Jakob Botteri ist mit seiner Petition abzuweisen.“

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Petitions-Ausschusses über die Petition der Ludmilla Hell um eine Gnadengabe für ihre geistesranke Tochter.

**Berichterstatter des Petitions-Ausschusses Pfrimer :**  
Die Petentin bezieht eine Pension von 220 fl. und einen Erziehungsbeitrag von 30 fl. für einen Sohn. Sie hat jedoch von dieser Pension Verbindlichkeiten zu erfüllen, und es scheint aus ihrer Petition hervorzugehen, daß sie wirklich einer weiteren Unterstützung bedarf, umsomehr, als ihre Tochter geisteschwach und daher ganz erwerbsunfähig ist.

Der Petitions-Ausschuß stellt daher den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle der Ludmilla Hell eine einmalige Gnadengabe von 30 fl. bewilligen.“

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Petitions-Ausschusses über die Petition der Agnes Chladel, Witwe des Gärtners an der Weinbauschule in Marburg um gnadenweise Gewährung einer Pension.

**Berichterstatter des Petitions-Ausschusses Pfrimer :**  
Die Petentin hat zwei minderjährige Kinder. Dieselbe hat durch den Tod ihres Mannes auch ihre Stellung als Wäscherin an der Weinbauschule in Marburg verloren. Allein, da ihr Mann nur 3 Jahre als Gärtner in landschaftlichen Diensten stand, geht es nicht an, ihr die normalmäßige Pension von 200 fl. und einen Erziehungsbeitrag von je 25 fl. für ihre beiden Kinder zu gewähren. Bei der äußerst dürftigen Lage jedoch, in welcher sich die Petentin zu befinden scheint, glaubt der Petitions-Ausschuß dem hohen Hause den Antrag empfehlen zu dürfen (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

„„Das Ansuchen der Agnes Chladel um Gewährung einer Pension wird abgewiesen, der Gesuchstellerin jedoch eine einmalige Gnadengabe von 50 fl. für sie und ihre Kinder gewährt.““

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Gemeinde-Ausschusses über die Petitionen einiger Gemeinden des Bezirkes Drazenburg um Aufhebung der Bezirksvertretungen.

**Abg. Karlon** (L.-G. Leibnitz): Bei dem Umstande, als der Gegenstand, welchen diese Petitionen betreffen, ein sehr wichtiger ist und bei dem Umstande, als nicht allen Mitgliedern des Hauses bekannt war, daß unter der allgemeinen Bezeichnung „Berichte über Petitionen“ auch der Bericht über diese Petition auf der heutigen Tagesordnung stand, erlaube ich mir zu beantragen, daß dieser Gegenstand von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen, u. zw. unter ausdrücklicher Bezeichnung der Petition zu setzen sei.

**Landeshauptmann:** Ich habe gegen diesen Antrag nichts einzuwenden, muß jedoch bemerken, daß schon gestern bekannt war, daß der Bericht über diese Petitionen auf der heutigen Tagesordnung stehe. Wenn es übrigens gewünscht wird, so werde ich diesen Bericht des Gemeinde-Ausschusses auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung stellen. Ich ersuche nun diejenigen Herren, welche damit einverstanden sind, daß dieser Gegenstand auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden soll, sich zu erheben. (Geschicht. — Nach Auszählung des Hauses:) Der Antrag des Herrn Abgeordneten Karlon ist mit 28 gegen 22 Stimmen angenommen; der Gegenstand wird also auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht des Unterrichts-Ausschusses über die Petition mehrerer Grundbesitzer in der Gemeinde Dorfstadt im Bezirke Deutsch-Landsberg um Nichtbewilligung des geforderten Beitrages zum Schulhaus-Erweiterungsbaue in Gams bei Stainz.

**Berichterstatter des Unterrichts-Ausschusses Sneider** (von der Tribüne): Die Petenten sagen in ihrer Petition, daß sie 1. seit jeher zur Schule Kloster eingeschult waren und noch sind, und daß sie auch bis nach Kloster nicht mehr als eine Wegstunde zurückzulegen haben; daß sie 2. bei dem Ankaufe des bestehenden Schulhauses in Kloster vor ungefähr 40 Jahren den nöthigen Beitrag geleistet haben, und weil sie ihre Kinder in die Schule zu Kloster schicken, so leisten sie auch dorthin die nöthigen Schulbeiträge. Die Petenten sagen ferner, daß sie erst aus der Steueranschreibung in den Steuerbüchern ersehen haben, daß sie zu einer

60procentigen Umlage für die Schule in Gams verpflichtet wurden. Sie sagen weiters, daß sie gleich, nachdem sie dies aus den Steuerbüchern entnommen, zum Bezirkshauptmanne von Deutsch-Landsberg gingen und denselben baten, er möge sie von dieser ungerechtfertigten Beitragsleistung zum Schulhausbaue in Gams befreien, vom Bezirkshauptmanne jedoch die Antwort erhielten, daß sie nicht befreit werden können, nachdem sie bereits früher in eine provisorische Einschulung nach Gams eingewilligt hätten. Die Petenten bitten ferner, daß, wenn sie schon bei der Schule in Gams eingeschult bleiben sollen, für sie zu Dorfstadt eine Schul-Expositur errichtet werden möge. Die Petenten sagen endlich, daß sie bis jetzt für die Schule in Gams niemals Beiträge zu leisten hatten.

Die Petition ist jedoch ohne weitere Belege. Nachdem dieselbe an den Landeschulrath und nicht an den hohen Landtag hätte gerichtet werden sollen, so beantragt der Unterrichts-Ausschuß (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen, daß diese Petition dem Landes-Ausschusse zur weiteren Amtshandlung übergeben werde.“

(Dieser Antrag wird ohne Debatte angenommen.)

**Landeshauptmann:** Die Tagesordnung ist erschöpft. Der Unterrichts-Ausschuß hält heute nach Schluß der Plenarsitzung im Bureau des Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzers Dr. Ritter v. Schreiner, der Landescultur-Ausschuß Freitag, den 25. d. M., um 9 Uhr Vormittags im Bureau des Herrn Landes-Ausschuß-Beisitzers Pairhuber eine Sitzung ab.

Als nächsten Sitzungstag bestimme ich Samstag, den 26. Juni 1880, Vormittags 10 Uhr, mit folgender

#### Tagesordnung:

1. Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend einige Maßregeln zur Hebung der Fischerei in den Binnengewässern. (Nr. 76 der Beilagen.)
2. Bericht des Landes-Ausschusses über die Spital-Verpflegskosten. (Nr. 73 der Beilagen.)
3. Antrag des Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des Landes-Ausschusses (Beilagen Nr. 59), betreffend Bewilligung zur Erhebung erhöhter Bezirksumlagen in den Bezirken Stanz und Birkfeld. (Nr. 74 der Beilagen.)
4. Antrag des Ausschusses für Gemeinde-Angelegenheiten über den Bericht des Landes-Ausschusses (Beilagen Nr. 52), betreffend Bewilligung von Ge-

bühren für die ausdrückliche Aufnahme in den Gemeindeverband. (Nr. 75 der Beilagen.)

5. Bericht des Landes-Ausschusses über die Trennung der Ortsgemeinde Schönstein im gleichnamigen Gerichtsbezirke. (Nr. 79 der Beilagen.)

6. Bericht des Landescultur-Ausschusses über die Vorlage des Landes-Ausschusses (Beilagen Nr. 10), betreffend den weiteren Erhaltungsmodus der soge-

nannten St. Gallner Straßen im Bezirke St. Gallen. (Nr. 77 der Beilagen.)

7. Bericht des Gemeinde-Ausschusses über die Petitionen mehrerer Gemeinden des Bezirkes Drahenburg um Aufhebung der Bezirksvertretungen.

8. Berichte über Petitionen.  
Nunmehr erkläre ich die Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 11 Uhr 45 Minuten.)